

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 Zl., vierteljährlich 14.66 Zl. mit Zustellgeld 4.80 Zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 Zl., vierteljährlich 14.66 Zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 Zl., Danzig 8 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die einpaltige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 P. B., Deutschland 10 bzw. 70 P. B., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 179

Bromberg, Dienstag den 8. August 1933

57. Jahrg.

Aufruf zum Kulturkampf!

In einem Aufsatz beschäftigt sich der nationaldemokratische „Kurjer Poznański“ (Nr. 348 vom 29. Juli) mit der Entstehung des Kirchenstreits in Deutschland, der mit dem Siege der „Deutschen Christen“ seinen Abschluß fand. Der „Kurjer Poznański“ glaubt dabei vor Einflüssen warnen zu müssen, die diese Tatsache auf die evangelischen Deutschen im Ausland ausüben werde. Das Blatt schreibt u. a.:

Interessant stellt sich das Verhältnis der neuen Behörden des deutschen Protestantismus zu den im Auslande wohnenden evangelischen Deutschen dar. Anfangs sollte die vereinigte Deutsche Evangelische Kirche die Bezeichnung Reichskirche tragen. Später ließ man jedoch diese Bezeichnung fallen und hielt lediglich an dem Beiwort „Deutsche“ fest, um auf diese Weise zu betonen, daß sich die Behörde der neuen Kirche in der Praxis auch über die Reichsgrenzen hinaus ausdehnen werde. Der Art. 4 der Verfassung des deutschen Protestantismus gibt diesem Bestreben eine recht vorsichtige Fassung, indem von der „Bewahrung und Festigung der Zusammengehörigkeit mit den evangelischen Deutschen im Auslande“ die Rede ist. Im Zusammenhange damit muß betont werden, daß die Bewegung der „Deutschen Christen“ in dieser oder jener Form auch in den deutschen evangelischen Kreisen in Polen, der Tschechoslowakei, in Österreich und den Balkanstaaten propagiert wird. Bei den bevorstehenden Neuwahlen zu den protestantischen Kirchenräten und Gemeindevertretungen in den westlichen Wojewodschaften der Republik werden wir zweifellos Zeugen ähnlicher Bemühungen und Bestrebungen sein wie jenseits der Grenze. Die Behörden und die polnische Volksgemeinschaft müssen daher aufmerksam beobachten, was unter den evangelischen Deutschen in Großpolen, in Pommerellen und Schlesien vorgeht. Man darf es nicht zulassen, daß der deutsche Protestantismus in Polen noch ein Ausfallort für ausländische Faktoren bilde, die sich in innere Angelegenheiten unseres States zu mischen wünschen.

Die gleichfalls nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ (Nr. 234 vom 1. August) knüpft an den vorstehend im Auszug zitierten Artikel des „Kurjer Poznański“ an und meint, daß das also bezeichnete Kirchenproblem in der Tat eine hervorragende Bedeutung habe, wenn man bedenkt, daß sich in den Westgebieten Polens eine große Zahl von Evangelischen befindet, die zum größten Teil deutscher Abstammung sind. Weiter schreibt das Blatt:

Die Unterordnung des deutschen Protestantismus unter die regierende Partei bezweckt nicht allein die Festigung der nationalen Revolution innerhalb des Reiches, sondern auch die Gewinnung noch eines Propaganda-Werkzeuges der nationalen Wiedergeburt unter den im Auslande wohnenden Deutschen. Diese „Wiedergeburt“ auf dem Boden der protestantischen Gemeinden wird in der Verbreitung des unverfälschten Deutschtums unter den Protestanten deutschen Ursprungs und auch darin ihren Ausdruck finden, daß die protestantischen Gemeinden zu der Deutschen Evangelischen Kirche hinneigen werden. Die neue Verfassung des deutschen Protestantismus erfaßt dieses Problem ziemlich allgemein, indem sie von der Bewahrung und Festigung der Verbundenheit mit den evangelischen Deutschen im Auslande spricht; doch erst die Praxis wird zeigen, was man unter diesen Allgemeinheiten verstehen soll. Es muß betont werden, daß die Bewegung der „Deutschen Christen“ bereits nicht allein in Polen, sondern auch in andern uns benachbarten Staaten propagiert wird. Die bevorstehenden Wahlen zu den protestantischen Kirchenräten in den westlichen Wojewodschaften werden die Tragweite und Wirksamkeit dieser Propaganda zeigen. Doch schon heute kann man mit einer großen Dosis der Wahrscheinlichkeit annehmen, daß diese Einflüsse tief in das Leben der in Polen wohnenden protestantischen deutschen Bevölkerung eingedrungen sind. Die Volksgemeinschaft und die maßgebenden Faktoren müssen vor dem gemachten Versuch gewarnt werden, aus dem Protestantismus in Polen, besonders in Pommerellen, Schlesien und Großpolen, ein neues Werkzeug der deutschen Einflüsse zu machen. Unsere religiöse Toleranz darf nicht so weit reichen, daß wir uns mit einem Zustande einverstanden erklären, bei dem die andersgläubige Bevölkerung zu Zwecken einer fremden nationalen Politik gebraucht wird. In unserer Geschichte hatten wir reichliche Erfahrungen in dieser Beziehung, die uns auf dieses Problem empfindlich gemacht haben.

Der Protestantismus muß in Polen eine Kirche bleiben, die auf dem Boden des Polnischen Staates steht. Um so mehr, als wir unter unseren Protestanten viele Polen haben; diese aber sind bei sich zu Hause und sollten nicht einmal in kirchlichen Fragen durch die in Polen wohnende fremdstämmige Bevölkerung majorisiert werden. Unsere Religionspolitik muß nicht gehörig die Möglichkeiten ausnützen, die ihr der strukturelle Charakter der andersgläubigen Kirchen gibt. Die evangelische Kirche besitzt ebenso wie die orthodoxe Kirche eine innere Struktur, die ohne Verletzung der Amtshandlungen, ohne Verletzung der Grundsätze des Glaubens ihrer verschiedenstämmigen Bekenner es gestattet, ihr ein sehr deutliches polnisches staatliches Merkmal aufzudrücken. Diese Kirchen können und müssen polonisiert werden. Man sollte den Prozeß der Entstehung des polnischen Protestantismus ebenso wie auch einer polnischen Orthodorie beschleunigen. Es ist nicht gut, daß die anders-

gläubigen Polen eine bis jetzt im allgemeinen uns vollkommen fremde Welt bilden, nicht allein in bezug auf die religiösen Überzeugungen, was in Anbetracht unserer Anhänglichkeit an den Katholizismus durchaus verständlich ist, aber auch in bezug auf Sprache und Kultur, die in deren Kirchen herrscht. Ein solcher Zustand ist anormal, und man muß in dieser Beziehung grundsätzliche Änderungen herbeizuführen suchen. Um so mehr muß man sich kategorisch dem Versuch widersetzen, aus einer der andersgläubigen Kirchen in Polen das Werkzeug einer unserm Volk und Staat feindlichen Propaganda zu machen. Der bei uns verpflichtende Grundsatz der religiösen Toleranz würde dadurch durchaus nicht verletzt werden.

Wir haben lange nichts Beschämenderes für die polnische Presse gelesen, als diesen schamlosen Aufruf zu einem widerrechtlichen Kulturkampf, der die Polonisierung der deutschen evangelischen Kirchen in Polen verlangt, soweit sie nicht schon — wie in Kongresspolen — gegenüber einer erdrückenden deutschen Mehrheit durchgeführt wurde. Diese Forderung, die sich noch in den Mantel der „religiösen Toleranz“ zu hüllen wagt, schlägt dem Kampf vieler polnischer Geschlechter ins Gesicht, die vor der Befreiung Polens mit ganz besonderer Eindringlichkeit gerade für den nationalen Charakter ihrer Kirche gekämpft haben.

Die Vorgänge in der Deutschen Evangelischen Kirche jenseits der weißroten Grenzpfähle sind

wahrhaftig nicht dazu angetan, die ebenso unnötige wie unwürdige Angstmeierei der polnischen nationalen Presse zu beleben. Die evangelische Kirche steht hier wie dort auf dem Boden des reinen Evangeliums. Ihr Schirmherr ist der ewige Gott. Er hat schon andere Menschen zurechtgewiesen, die sein Heiligtum verletzen wollten. Nach menschlichem Recht aber steht uns die nationale Garantie der Verfassung, sowie die internationale von Polen feierlich verbrieftene Garantie des Minderheitenvertrages zur Seite.

Auch auf die Geschichte können wir uns wirksam berufen, die von der „Gazeta Warszawska“ mit recht geringem Verständnis herbeizitiert wird. Die Verständnislosigkeit des polnischen Nationalismus gegenüber den Freiheiten der „Dissidenten“ hat die dunkelste Seite der polnischen Geschichte geschrieben. Vor einer Wiederholung möge Gott unsere Heimat und ihre Völker behüten! An die nationaldemokratische Presse aber, die anscheinend darüber trauert, daß Herr Dmowski mit seinen Todesprophezeiungen für den Protestantismus nicht Recht behalten hat, richten wir die Bitte, daß sie endlich einmal ihre Leser beschwören möchte, sich gegen die immer wieder beklagten Schändungen von evangelischen Gotteshäusern und Friedhöfen zu wenden, damit niemandes Ansehen Schaden leide. Über den deutschen Protestantismus mag man beruhigt sein! Er gibt dem Staate, was des Staates, dem Volke, was des Volkes und Gott, was Gottes ist.

Abkommen Danzig — Polen.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Während die Arbeiten des Völkerbund-Ausschusses über die Abänderung des Warschauer Abkommens vorläufig zu keinem Abschluß gekommen sind — der Ausschuß hat seine Arbeiten unterbrochen und wird, wie angenommen wird, erst im Oktober wieder zusammentreten — scheint ein erster Abschnitt in den direkten Danzig-polnischen Verhandlungen abgeschlossen zu sein. Am Sonnabend nachmittag fanden sich in der Wohnung des Hohen Kommissars des Völkerbundes Helmar Rosting die Vertreter Polens und Danzigs ein, um für ihre Regierungen Vereinbarungen über verschiedene Fragen zu unterzeichnen.

Eine Stunde darauf schon gab der Danziger Senat folgende amtliche Verlautbarung heraus:

„Als Ergebnis der zwischen Danzig und Polen unter den Auspizien des Hohen Kommissars, Herrn Rosting, in der letzten Zeit geführten Verhandlungen sind heute in der Residenz des Hohen Kommissars von dem Herrn Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Rauschnig, und Herrn Minister Papée ein Abkommen, betreffend die Stellung polnischer Staatsangehöriger und anderer Personen polnischer Abstammung oder Sprache in Danzig, paraphiert und ein Arrangement über die Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen unterzeichnet worden. Die strittigen Fragen: Ausstellung von Pässen durch polnische Konsulate, Ratifikationsurkunden bei internationalen Verträgen und Exekutiveformel für Konsula in Danzig sind durch einen Briefwechsel zwischen Herrn Minister Papée und dem Hohen Kommissar, Herrn Rosting,

einerseits und dem Präsidenten des Senats und dem Hohen Kommissar andererseits geregelt worden.“

Da der Senat in diesem amtlichen Bericht lediglich die Tatsache des Abschlusses der Regelung einiger Streitfragen bekanntgibt und keinerlei Angaben macht über die Grundlagen, auf der die Einigung erfolgte, so müssen weitere Aufklärungen oder die in Aussicht gestellte baldige Veröffentlichung der Texte der Abkommen vor einer Beurteilung abgewartet werden. Vorläufig läßt sich nur sagen, daß die Tatsache des schnellen Zustandekommens von Vereinbarungen auf jeden Fall eine gewisse Entspannung der Danzig-polnischen Beziehungen anzudeuten scheint.

Als Auftakt der neu angeknüpften Beziehungen kann die auf polnische Einladung hin angetretene Reise einer Hitler-Jugend-Abteilung in das polnische Jugendlager Mzana in der Hohen Tatra angesehen werden. Die Abteilung wurde von dem Präsidenten des Senats selbst verabschiedet, der in einer kurzen Ansprache auf die politische Mission hinwies, die die Jugend-Abteilung in Polen zu vollbringen habe, nämlich der polnischen Jugend die nationalsozialistische Idee näherzubringen, das Verständnis dafür zu wecken, daß nach dem Wort des Führers der Nationalsozialismus niemals daran denke, fremdem Volkstum deutschen Wesens aufzudrängen, daß aber in Konsequenz dieser Anschauung es deutsches Volkstum auch ablehnen müsse, sich unter fremdes Volkstum zu beugen. Mit der Aufforderung, die Freie Stadt und den Nationalsozialismus in Polen würdig zu vertreten, entließ der Präsident die Abteilung. Nach dem Besuch der Hitler-Jugend werden am 22. August auch Danziger Journalisten nach Polen reisen. Ferner ist ein Gegenbesuch Warschauer Regierungskreisen in Danzig angekündigt.

Freundschaftliche Vorstellungen in Berlin in der österreichischen Frage.

Die Geschehnisse, die nach den in den letzten Tagen in Paris bestehenden Strömungen, England und Frankreich zu einem diplomatischen Schritt in Berlin zu veranlassen, haben die Folge gezeitigt, daß die britische Volkspartei in Berlin Anwendung erhalten hat, bei der Deutschen Regierung mündlich vorstellig zu werden: wegen des Abwurfs nationalsozialistischer Flugblätter über Österreich aus deutschen Flugzeugen sowie gewisser Reden, die von deutschen Rundfunkstationen verbreitet wurden und in denen die österreichische Bevölkerung aufgefordert wird, ihre gegenwärtige Regierung zu beseitigen. Es heißt, daß die italienische und französische Regierung in der gleichen freundschaftlichen Form vorgehen werden. Diese Vorstellungen werden auf Grund des Vier-Mächte-Paktes erhoben werden, da man der Auffassung ist, daß dieser Weg die freundschaftlichste Form bedeutet, um an die Deutsche Regierung heranzutreten.

Auf italienischer Seite steht man nämlich auf dem Standpunkte, daß man, wenn sich auch Zwischenfälle ereignen haben, die im allgemeinen Interesse nicht zur Regel werden dürften, doch nicht leichtfertig von diplomatischen Aktionen sprechen könne. Nach der Unterzeichnung des Vierer-Paktes seien die vier großen Weltmächte gleichberechtigt, und Verfahren, die früher möglich waren, würden jetzt einen flagranten Bruch des Geistes des Vertrages bedeuten.

Die ursprünglich von französischer Seite angekündigte diplomatische Intervention in Berlin in der deutsch-öster-

reichischen Angelegenheit, deren Zustandekommen recht unwahrscheinlich geworden war, wird nun hoch in dieser Woche erfolgen. Allerdings hat man, worauf in politischen Kreisen hingewiesen wird, die informelle Art eines diplomatischen Vorgehens gewählt. Es wird, wie es heißt, ein „freundschaftlicher Schritt“ unternommen werden, und man hat sich zu dieser Form wahrscheinlich wohl unter dem besonderen Einfluß Italiens entschlossen in der richtigen Erkenntnis, daß auf Grund von Überfliegungen Österreichs durch Flugzeuge „schlecht erkennbarer Herkunft“, wie Savas selbst sich kürzlich ausdrückte, und auf Grund von Rundfunksendungen, die, gemessen an den deutschfeindlichen Äußerungen des Straßburger Senders, völlig harmlos wirken, daß auf Grund solcher Unterlagen

keine reguläre diplomatische Aktion

zu unternehmen ist.

Gegenüber den ursprünglichen Absichten ist jedenfalls eine sehr bemerkenswerte Korrektur zu verzeichnen, denn es scheint nach allem, was in dieser Angelegenheit bekannt wurde, doch sicher, daß es bei dem angekündigten Schritt lediglich um die Einholung von Informationen handeln wird, nicht um die Übergabe einer gemeinsamen offiziellen Beschwerde. Wenn man sich in London und Paris nicht dazu entschließen konnte, überhaupt auf einen Schritt in Berlin zu verzichten, dessen sachliche Ausföhrung an selbst wohl sehr gering einschätzt, so ist das zum großen Teil sicher

auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß in dem gegenwärtigen Stadium der öffentlichen Erörterung die ganze Angelegenheit für diese Staaten, insbesondere für Frankreich, zur Prestigefrage geworden war, und man deshalb glaubte, an bereits angekündigten Absichten mindestens nach außen hin festhalten zu müssen.

Die Londoner Presse über die Vorgeschichte.

London, 7. August. (Eigene Drahtmeldung.) Über die Vorgeschichte des englisch-französischen Schrittes schreibt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, daß die Anregung nicht, wie ursprünglich angenommen, von Paris ausgegangen sei, sondern von London. Die Englische Regierung habe zuerst in Paris und Rom angefragt, was man über die Lage in Mitteleuropa denke. Diese Nachfragen seien jedoch privaten Charakters gewesen, sie seien erst öffentlich geworden, nachdem sie in Paris enthüllt wurden.

Die Französische Regierung habe offen angegeben, daß sie auf eine gemeinsame Aktion Englands, Frankreichs und Italiens hinarbeite. Die Französische Regierung sei auch an Warschau und Prag herangetreten. Die Tschosloslowakei sei jedoch im gegenwärtigen Augenblick nicht geneigt, an einem solchen diplomatischen Schritt teilzunehmen. Die Stellungnahme Warschaws sei noch nicht bekannt. Man dürfe jedoch die Tatsache nicht übersehen, daß die frühere Spannung in den deutsch-polnischen Beziehungen bedeutend nachgelassen habe, seit Danzig eine nationalsozialistische Regierung besitze und die persönlichen Versicherungen Hitlers und des Danziger Senats über die friedlichen Absichten Deutschlands an Polen abgegeben worden sind. Diese Verbesserung habe jedoch einen greifbaren Ausdruck in einem neuen verfassungsmäßigen und wirtschaftlichen Abkommen zwischen Warschau und Danzig gefunden.

Zu der Weigerung Italiens, sich an dem englisch-französischen Schritte zu beteiligen, schreibt der römische Berichterstatter des „Daily Herald“:

Italiens Verhalten zeige, daß es Mussolini nicht darum zu tun sei, noch einmal zu erklären, daß er seinen Finger zur Verteidigung des Versailler Vertrages rühren wolle. Die italienischen Botschafter in London und Paris erklären, daß weder England, noch Italien und Frankreich irgend einen positiven Beweis besitzen, daß die über Österreich fliegenden Maschinen deutsche Flugzeuge sind.

Wann reist Dollfuß nach Rom?

Wien, 7. August. (Eigene Drahtmeldung.) Während das christlichsoziale Hauptorgan, die „Reichspost“, in ihrer Sonntags-Ausgabe gemeldet hat, daß die Romreise des Bundeskanzlers Dollfuß demnächst bevorsteht, bringt die amtliche Nachrichtenstelle eine Mitteilung, die zwar die Nachricht von der Einladung der Italiener an die Österreichische Regierung bestätigt, jedoch erklärt, daß gegenwärtig der Zeitpunkt dieser Reise noch nicht festgelegt werden könnte.

Es ist nicht uninteressant, daß der Pariser „Temps“, der die Romreise fast in dem gleichen Wortlaut gemeldet hatte wie die „Reichspost“, bereits mußte, Dr. Dollfuß werde diese Einladung, sobald sie übermittelt sei, bestimmt annehmen, doch wäre es verfrüht, das Datum seiner Reise festzusetzen, besonders da die Anwesenheit des Bundeskanzlers in Wien angesichts der internationalen Lage unentbehrlich erscheine. Selbst die sonst so redselige Montagspresse vermag mit dieser eigenartigen Redewendung nichts anzufangen und begnügt sich nur, sie zu verzeichnen. In kurzen Bemerkungen wird sie lediglich mit den internationalen Verhältnissen in Verbindung gebracht, indem auf die widersprechenden Meldungen über den bevorstehenden Schritt der Großmächte in Berlin hingewiesen wird.

Verhaftungen in Wien.

Wien, 5. August. (Eigene Meldung.) Die „Reichspost“ berichtet, daß „in einer geheimen Umsturzzentrale, deren Adresse von der Polizei geheimgehalten wird“, Berichte über die politische Lage in den Bundesländern, chiffrierte Parteidokumente und zahlreiche andere Schriften gefunden worden seien, deren Auswertung überaus ergiebig sein werde.

Unter dem Titel „Grenel-Berichterstattung aus Österreich“ meldet das Blatt die Verhaftung von drei deutschen Korrespondenten; festgenommen wurden Scheffly von der Scherl-Presse und Öbnig, sowie der frühere nationalsozialistische Chefredakteur Kott. Die drei Personen hätten die Ausweisung aus Österreich zu erwarten, über den Fall Niede, des Korrespondenten der „Germania“, schreibt das Blatt unter dem Titel „Ein Schilling im eigenen Lager“ und sagt, in seiner Wohnung seien Konzepte von Aufsätzen gefunden worden, die für deutsche Blätter vorbereitet und zu einer schweren Schädigung Österreichs bestimmt gewesen seien.

Vergeltungsmaßnahmen gegen Österreich.

WZB teilt mit: „Nachdem in Österreich erneut eine Deutschenverfolgung eingeleitet hat, hat das Geheime Staatspolizeiamt seinerseits eine Anzahl Österreicher, die sich in Deutschland als mißliebige Ausländer betätigt haben, ausgewiesen.“

Dazu hört das Conti-Bureau noch, es sei nicht anzunehmen, daß damit die deutscherseits ergriffenen Maßnahmen abgeschlossen sind. Sollten in Österreich die Deutschenverfolgungen fortgesetzt werden, so sei damit zu rechnen, daß gegebenenfalls in weiteren Fällen entsprechende Gegenmaßnahmen gegen mißliebige Ausländer ergriffen werden.

Am Grabe verhaftet.

Mit dem Seitengewehr gegen eine Trauergemeinde

Am vergangenen Donnerstag wurde der von einem Heimwehrmann erschossene Bezirksführer der NSDAP, Gastwirt Kautner, in Fieberbrunn (Tirol) zu Grabe getragen. Zur Beerdigung hatten sich Hunderte von Leuten, fast durchweg Bauern aus Fieberbrunn und Umgegend, eingefunden. Zug von auswärts wurde durch die Gendarmen verhindert. Infolge der erregten Stimmung in der Bevölkerung hatten die Behörden am offenen Grabe eine Anzahl Gendarmen mit aufgeschlitztem Bajonett aufgestellt. Alle Kranzschleifen mit Aufschriften, die nicht von Verwandten stammten, wurden beschlagnahmt. Ein Mann aus Ruffstein, der am Grabe

einen Kranz niederlegte, auf dessen Schleife die Worte standen „Unserem treuen Mitkämpfer“ wurde vom Grabe weg verhaftet. Nachdem der Geistliche die Leiche eingeseget hatte, sprach ein Nationalsozialist einige Worte. Zum Schluß streckte er über das Grab den Arm aus und sagte: „Heil unserem Mitkämpfer“. Daraufhin wurde auch er gleich am Grabe für verhaftet erklärt. Die Musikkapelle des Wohnortes des Toten spielte eine Trauermusik.

Kaum waren die Töne verklungen, als die gesamte Trauerverammlung spontan die Hände erhob und das Horst-Wessel-Lied anstimmte. Die am Grabe aufgestellten Gendarmen suchten nun mit gefülltem Seitengewehr gegen die Leute loszugehen, aber sie waren vollkommen machtlos, da die Menge wie eine Mauer stand und sich nicht abhalten ließ, alle Strophen des Horst-Wessel-Liedes bis zum Ende zu singen. Nachher zerstreuten sich die zahlreichen Trauergäste sofort.

Die Neuordnung in der Altpreußischen Landeskirche. Das Führerprinzip in der Kirche.

Aus Berlin wird gemeldet: Über den einstimmig gefaßten Beschluß des Altpreußischen Kirchensenats, durch den die Wahl von Wehrkreispfarrer Müller vollzogen wurde, wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

1. Der Kirchsenat wählt den Wehrkreispfarrer Ludwig Müller in Königsberg i. P. zum Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats. Der Präsident Müller führt zugleich die Amtsbezeichnung Landesbischof.
2. Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats Ludwig Müller ist an Kollegialbeschlüsse des Evangelischen Oberkirchenrats nicht gebunden. Er ist berechtigt, Befugnisse des Evangelischen Oberkirchenrats selbstständig auszuüben.
3. Der Kirchsenat überträgt bis zu seiner nächsten Sitzung seine Befugnisse auf seinen Vorsitzenden.

Durch diesen Beschluß des Kirchsenats tritt zum erstenmal in der Geschichte der altpreußischen Union an die Spitze der Verwaltung der größten deutschen Landeskirche ein Geistlicher, der die Amtsbezeichnung Landesbischof führt. Während bisher die Entscheidung im Evangelischen Oberkirchenrat durch Kollegialbeschlüsse getroffen wurde, die durch Abstimmung der hauptamtlichen Mitglieder zustande kam, werden nunmehr dem Präsidenten stärkere selbständige Befugnisse eingeräumt. Der Kirchsenat, der etwa 35 Mitglieder zählt, hat seine Befugnisse auf seinen Vorsitzenden, Pfarrer D. Winkler, übertragen.

Im nationalsozialistischen „Großdeutschen Pressedienst“ schreibt Pastor Sahm:

„Die Vertreter der alten Kirchenregierungen müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die neue Zeit neue Männer an die Spitze der Kirche fordert. Die Vertreter der alten Zeit werden in kürzester Frist den Vorkämpfern des jungen und neuen Deutschlands Platz machen müssen. Wir werden uns niemals damit abfinden, daß wir von jenen, die uns nicht verstehen oder nicht verstehen können, als ein notwendiges Übel geduldet werden. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Vertreter der alten Kirchenregierungen in klarer Erkenntnis dieser Situation freiwillig die Konsequenzen ziehen, wie das bereits in Berlin zum Teil geschehen ist.“

Ähnlich äußert sich Pfarrer D. Freitag im Anschluß an die Tatsache, daß sich die Gruppe „Evangelium und Kirche“ mit den „Deutschen Christen“ auf der Grundlage von $\frac{1}{4}$ zu $\frac{3}{4}$ in den höheren Synoden zusammengeschlossen hat:

„So besteht nun eine einmütige Front des gesamten evangelischen Kirchengewebes. Daraus ergeben sich unausweichliche Folgerungen auch auf die dauernden Ausschüsse und Organe der höheren Synoden, die Provinzialkirchenräte und den Kirchenrat. Ihre bisherige Zusammenfassung würde nichts anderes als eine Mißachtung des einheitlichen Volkswillens zu einer wirklichen Erneuerung der Kirche bedeuten. Eine dem Wahlausfall entsprechende Neubildung auch dieser Körperschaften ist daher eine selbstverständliche Folgerung aus der Willenserklärung des Volkes. Erst dann wird die Einigkeit und der Friede innerhalb der Kirche hergestellt und gewährleistet und damit die Zukunft der Kirche gesichert sein.“

Der Kronprinz über die deutsche Revolution.

In einem Artikel im „Evening Standard“ wendet sich der ehemalige deutsche Kronprinz gegen die in der öffentlichen Meinung des Auslandes zutage tretenden Feindseligkeiten gegen das neue Deutschland. Das Ausland erhalte zum Teil ein vollkommen falsches Bild von den wahren Vorgängen in Deutschland. Was sich tatsächlich in Deutschland ereignet habe, sei die plötzliche Machtentfaltung und die Vernichtung der Kräfte, die durch systematische Propaganda die nationale Widerstandskraft allmählich zum Erlahmen brachten. Wenn gegen sie mit Energie und Entschlossenheit vorgegangen werde, so beweise dies nur das tiefe moralische Verantwortungsgefühl der führenden Männer.

In der Weltgeschichte gebe es kein anderes Beispiel für eine Revolution, die wie die deutsche des Jahres 1830 so ohne Blutvergießen, so sicher, so bestimmt und so schnell vor sich gegangen sei. Diese nicht zu widerlegende Tatsache könne nicht geändert werden, selbst wenn die Auslandspresse täglich und allwissentlich Schauererzählungen über Gewalt und Verfolgungen verbreite. Präsident Hindenburg und Reichskanzler Hitler, die in die Geschichte als verantwortlich für diese Entwicklung eingehen werden, haben eine Tat vollbracht, für die das ganze deutsche Volk ihnen in immerwährender Dankbarkeit verpflichtet ist. In kurzer Zeit werde mit Ausnahme einiger Mörder und unbeherrschbarer Phantasten die ganze Nation geeint hinter der Bewegung stehen, und die Zeit werde nicht fern sein, wo Europa und die ganze Kulturwelt Adolf Hitler dankbar sein werde, daß er nicht nur Deutschland, sondern das gesamte Gefüge der Zivilisation vor dem Bolschewismus errettet habe.

Ein Horst Wessel-Denkmal im Dachauer Konzentrationslager.

Im Konzentrationslager Dachau fand am Freitag die Einweihung eines von den Gefangenen errichteten Horst Wessel-Denkmals statt, zu der sich der Reichsführer der SS, Himmler, und Stabschef Röhm eingefunden hatten. Bei der Enthüllung hielt Stabschef Röhm eine Rede, in der er Horst Wessels Leben und Tod würdigte.

Der Hamburger Polizeichef hat eine Bekanntmachung erlassen, nach der in Zukunft für alle Vergehen und alle Verbrechen der Marxisten die kommunistischen bzw. marxistischen Führer als die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Bei Tätern, die nicht verhaftet werden können, sollen ihre Familienangehörigen in Haft genommen werden.

Löbe im Konzentrationslager.

Aus Breslau meldet WZB: „Ins Breslauer Konzentrationslager eingeliefert wurde der frühere Reichstagspräsident Löbe, welcher von mehreren Kriminalbeamten begleitet, aus Berlin kam, sowie Frau LuDEMANN, die Frau des bereits im Konzentrationslager befindlichen fr. Oberpräsidenten von Niederschlesien, wegen Verbreitung unwahrer Behauptungen über das Konzentrationslager, und der Journalist Fritz KUNDE, der frühere Herausgeber der jetzt verbotenen Wochenzeitung „Der Greifer“.“

Pfadfinder-Prozess zum dritten Mal vor dem Appellations-Gericht.

Posen, 7. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der Nichtigkeitsantrag der Verteidigung des Lehrers Friedrich Mielke, der im Zusammenhang mit dem Pfadfinderprozess vom Posener Appellationsgericht zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist vom höchsten Gericht in Warschau berücksichtigt worden, so daß der Prozess in nächster Zeit zum dritten Mal vor das Posener Appellationsgericht kommt.

Der Tag der Legionäre.

Nach alter Tradition wurde am Sonntag in Warschau zur Erinnerung an den 6. August 1914, an dem eine polnische Truppenabteilung zum ersten Male wieder gegen Rußland in den Kampf zog, der Tag des Verbandes der polnischen Legionäre in Anwesenheit des Staatspräsidenten und von Vertretern der Regierung in der üblichen Weise gefeiert. Die Feier begann bereits am Sonnabend vormittag mit einem Trauergottesdienst in der Garnisonkirche für die gefallenen Kämpfer um Polens Freiheit. Im Anschluß hieran wurde das Studien-Institut der Legionäre eröffnet, in dem intellektuelle Arbeit geleistet werden soll. Derauf bildete sich ein Zug, der sich zur Zitadelle bewegte. Am Kreuze Traugutt wurden drei Kränze niedergelegt: einer von den Veteranen des Aufstandes vom Jahre 1863, einer vom 12. Kongreß der Legionäre und einer von der Föderation der Verbände der Vaterlandsverteidiger. Auch das Grab des unbekanntes Soldaten wurde mit drei Kränzen geschmückt.

Der offizielle Akt bewegte sich in dem üblichen Rahmen. Spielten schon die früheren Tagungen des Verbandes der Legionäre, dessen Veteranen zugleich auch die Stützen des Pilsudski-Regimes sind, in der polnischen Innenpolitik eine nicht unbedeutende Rolle, so kam dem diesmaligen Tag der Legionäre eine ganz besondere Bedeutung zu, weil endlich der Schleier von dem Geheimnis der geplanten polnischen Verfassungsreform gelüftet werden sollte. Oberst Slawek, der frühere Ministerpräsident und jetzige Vorsitzende des Regierungsblocks, teilte in einer Ansprache, die von sämtlichen polnischen Sendern übernommen wurde, die Grundlinien des vom früheren Justizminister Car ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs mit: Danach soll diese Reform drei grundsätzliche Fragen betreffen:

Die Rechte des Staatspräsidenten werden erheblich erweitert werden. In seiner Hand soll nicht nur, wie bisher, die ausführende Gewalt ruhen, sondern er wird auch an der Gesetzgebung entscheidend mitwirken. Von den beiden Häusern des Parlamentes wird der Sejm, dessen Einfluß vermindert werden soll, auch in Zukunft durch das allgemeine und direkte Wahlrecht gewählt. Dagegen soll der Senat, dessen Einfluß auf die Gesetzgebung wesentlich verstärkt wird, zu einem Drittel seiner Mitglieder vom Staatspräsidenten berufen werden. Die übrigen zwei Drittel der Senatoren werden durch besondere Wahlkörper präsentiert. Sämtlichen Bürgern soll die Freiheit des Wortes und der Vereinigung erhalten bleiben.

Unklar ist noch, wie man die notwendige Zweidrittel-Mehrheit für die Änderung der Verfassung gewinnen will, da die Anhänger des Regierungsblocks nur die absolute Mehrheit im Sejm besitzen, der Marschall aber an der legalen Erledigung der Verfassungsfrage festhält. Verständigungsversuche mit einem Teil der Opposition dürften der offiziellen Bekanntgabe der neuen Verfassungsvorschläge folgen, und von ihrem Ergebnis dürfte das weitere Schicksal der polnischen Innenpolitik abhängen.

Französische Weltflieger.

Bukarest, 7. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Flieger Codos und Rossi, die in Amerika zu einem Weltflug gestartet sind, erreichten am Sonntag abend das europäische Festland. Beim Überfliegen von Paris hatten sie eine Flugstrecke von 5778 Kilometern zurückgelegt. Zu dieser Zeit hatten sie noch 2750 Liter Brennstoff an Bord und konnten normalerweise noch 30 Stunden in der Luft bleiben, um bei günstigen Bedingungen 5500 Kilometer zurückzulegen. In den späten Nachmittags traf aber in Paris ein Funkpruch ein, wonach die Flieger starken Brennstoffverlust zu verzeichnen haben. „Wir sind enttäuscht“, so heißt es in der Meldung, „denn wir stellen ein Auslaufen des Brennstoffes fest, hoffen aber dennoch den Rekord zu brechen. Wir haben noch bis Bagdad Benzin an Bord, möchten aber von Aleppo aus begleitet werden.“

Wie aus Bukarest gemeldet wird, haben die Flieger Funkverbindung mit dem Bukarester Flugplatz aufgenommen, den sie im Laufe des Vormittags in Richtung Aleppo-Persischer Golf überfliegen werden. Gegen 2 Uhr früh wurden die beiden Flieger etwa 20 Kilometer südwestlich von Wien gesichtet.

